

Region

Stadt gibt im Asylstreit nach – und teilt weiter kräftig gegen den Kanton aus

Biel Das Rückkehrzentrum im Bözingenfeld kann bis Ende Juli 2022 weiterbetrieben werden. Damit lenkt der Bieler Gemeinderat im Asylstreit mit dem Kanton zumindest teilweise ein. Klein bei gibt er deshalb aber nicht, im Gegenteil.

Lino Schaeren

Seit Anfang Jahr liegen sich der Kanton Bern und die Stadt Biel in Asylfragen in den Haaren. Dabei geht es um das Rückkehrzentrum im Bözingenfeld: Die Ausnahmebewilligung für den Betrieb der Asylunterkunft im Containerdorf läuft Ende Oktober nach vier Jahren aus. Der Kanton hat bei der Stadt eine Verlängerung bis Ende 2022 beantragt und gleichzeitig klargestellt, dass er am Standort das Rückkehrzentrum gerne langfristig betreiben möchte. Der Bieler Gemeinderat hatte die Avancen des Kantons im April in einer ersten Antwort schroff zurückgewiesen – weil sich der Regierungsrat aus seiner Sicht keinen Millimeter bewegt hat, um die Lebensbedingungen im Zentrum menschenfreundlicher zu gestalten.

Letztlich hatte der Kanton den Streit öffentlich gemacht, indem er in einer Medienmitteilung beklagte, dass dem Standort Bözingenfeld wegen der Haltung der Bieler Stadtregierung die Schliessung drohe. Die Folge: Etliche Familien müssten in andere, allenfalls unterirdische Zentren umgesiedelt, Schulkinder aus ihrem gewohnten Bieler Umfeld gerissen werden. Es war eine regelrechte Attacke der Direktion des kantonalen Sicherheitsdirektors Philippe Müller (FDP) auf die Bieler Entscheidungsträger. Da diese öffentlich erfolgte, liegt der Schluss nahe, dass damit vor dem endgültigen Bieler Entscheid politischer Druck auf den Gemeinderat erzeugt werden sollte.

Erich Fehrs Gegenangriff

Mit Erfolg? Den Entscheid hat der Bieler Gemeinderat gestern Morgen gefällt. Und er hat dem Verlängerungsgesuch des Kantons tatsächlich doch noch teilweise stattgegeben. Das Rückkehrzentrum kann bis Ende Juli 2022 weiterbetrieben werden, eine langfristige Lösung schliesst die Stadt jedoch aus. Der Gemeinderat gibt damit im Asylstreit mit dem Kanton nach. Klein bei gibt er deshalb aber nicht, im Gegenteil: Stadtpräsident Erich Fehr (SP) greift Philippe Müller und die kantonale Sicherheitsdirektion jetzt seinerseits frontal an. «Indem der Kanton nicht auf die Bieler Forderungen nach einer würdigen Unterbringung im Rückkehrzentrum eingeht,



Im Zentrum im Bözingenfeld müssten Kinder und Jugendliche über Jahre hinweg ausharren, so der Bieler Gemeinderat. YANN STAFFELBACH

«Würden wir gleich kalt vorgehen wie der Kanton, hätten wir uns gegen die Verlängerung entschieden.»

Erich Fehr,
Stadtpräsident

handelt er menschlich kalt», sagt der Sozialdemokrat, der im März 2022 selber für den Berner Regierungsrat kandidiert.

Konkret geht es vor allem um die Frage nach der privaten Unterbringung von Familien im Rückkehrzentrum. Der Kanton hat seit Inkrafttreten der bernischen Asylreform im Sommer 2020 rechtskräftig abgewiesene Asylsuchende konsequent in Rückkehrzentren untergebracht – darunter auch Familien mit Kindern. Dabei hat er sich stets auf die angepasste Gesetzeslage berufen. Die Stadt Biel lehnt diese Praxis seit jeher ab. Der Gemeinderat betont, dass die Unterbringung von abgewiesenen Asylsuchenden auch mit der neuen Gesetzgebung nach wie vor möglich sei, es handle sich um eine Frage der Auslegung. Fehr wirft Regierungsrat Müller deshalb fehlenden Willen vor.

Der Bieler Gemeinderat beklagt, dass Kinder und Jugendliche über Jahre hinweg im Zentrum ausharren müssen. Ein Grossteil der Personen, die das Land eigentlich verlassen müssten, bleibt letztlich doch hier. Dies, weil sie laut Einschätzung

des Staatssekretariats für Migration zwar bedenkenlos in ihr Heimatland zurückkehren könnten. Da sie von den dortigen Regierungen aber nicht zurückgenommen werden, ist eine Ausschaffung faktisch unmöglich. Die resultierende jahrelange Unterbringung in einer Containersiedlung ist in den Augen der Bieler Stadtregierung kinderschutzrechtlich inakzeptabel. Mit dem Ausschluss von Betreuungsangeboten im Rückkehrzentrum züchte der Kanton neue Sozialfälle, statt die Integration voranzutreiben, beklagt Fehr. «Wenn der Kanton die Ausreise der Abgewiesenen tatsächlich forcieren könnte, wäre die Situation eine andere. So aber ist eine solche Unterbringung völlig unangemessen.»

Wieso also hat Biel im Asylstreit dennoch nachgegeben? Fehr sagt, es handle sich um einen «rein humanitären Entscheid». Aus baurechtlicher Sicht habe es keinen Grund gegeben, dem Begehren stattzugeben. Schliesslich herrsche anders als bei Ausweisung der Ausnahmebewilligung 2017 in der Schweiz kein Asylnotstand. Mit dem Ent-

gegenkommen wolle Biel aber verhindern, dass Familien innerhalb von zwei Monaten aus ihren Strukturen gerissen werden. «Würden wir gleich kalt vorgehen wie der Kanton, hätten wir uns gegen die Verlängerung entschieden», sagt Fehr.

In der offiziellen Stellungnahme der kantonalen Sicherheitsdirektion zum Bieler Entscheid wird hingegen eine einvernehmliche Lösungsfindung angedeutet: Man habe im Gespräch mit der Stadt ein gemeinsames Verständnis für die negativen Auswirkungen auf Familien und Kinder bei einer kurzfristigen Schliessung gefunden, heisst es darin. Das wiederum bringt Fehr gleich noch einmal auf die Palme: Das sei schlicht falsch; zwar habe die Stadt nach der ersten abschlägigen Antwort das Gespräch gesucht in der Erwartung, dass Sicherheitsdirektor Müller für die Diskussion möglicher Lösungen nach Biel komme. Stattdessen habe man aber nur eine schriftliche Stellungnahme bekommen. «So kann man nicht mit der zweitgrössten Stadt im Kanton umgehen, das ist keine

Art», wettet das Stadtoberhaupt.

«Ideologischer Entscheid»

Es sind harsche Aussagen, mit denen Fehr Regierungsrat Müller an den Karren fährt. Dieser lässt sich davon nicht beeindrucken. Er sei in erster Linie froh, dass Biel der Verlängerung zugestimmt habe, sagt er. Weniger glücklich ist Müller mit der Absage für eine längerfristige Lösung. Und dann schießt er aus der Regierungszentrale in Bern nach Biel zurück: Die rot-grüne Bieler Stadtregierung habe sich aus ideologischen Gründen gegen den langfristigen Standort Bözingenfeld ausgesprochen, sagt der Regierungsrat.

Müller bestreitet, dass die Bedingungen der Unterbringung im Bözingenfeld problematisch sind. «Es handelt sich bei den Containern nicht um ein Luxushotel, die Bedingungen sind aber auch nicht menschenunwürdig», sagt er. Man habe nichts zu verstecken, meint der Sicherheitsdirektor – und verweist auf eine laufende Untersuchung der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF). Der Bericht der Behörde, die auch schon die Lage in den Bundesasylzentren untersucht hat, steht jedoch noch aus. Müller betont, dass der Bund im Asylwesen die Entscheide treffe, wer bleiben könne und wer gehen müsse. Der Kanton führe nur aus. Dabei könne er Abgewiesene nicht gleich behandeln wie solche mit einem positiven Asylentscheid. «Wir können nicht beginnen, nach Sympathie zu entscheiden. Sonst befinden wir uns in der Willkür», sagt Müller.

Den Entscheid Biels gegen eine langfristige Lösung wertet der FDP-Mann als Votum gegen die Praxis mit Rückkehrzentren. Der Kanton sei aber an die Gesetzgebung gebunden. «Wem diese nicht passt, der soll eine Initiative oder einen parlamentarischen Vorstoss lancieren», meint Müller. Von der Haltung Biels ist er enttäuscht: «Wir gingen davon aus, dass der Gemeinderat das Wohl der Kinder höher gewichtet als ideologische Vorbehalte gegen eine demokratisch beschlossene Gesetzgebung.» Die Kinder können nun das Schuljahr in Biel beenden, in zehn Monaten müssen sie an einen neuen Standort ziehen. Die Sicherheitsdirektion von Philippe Müller muss sich jetzt auf die Suche machen.

Reklame

Allianz TAG DES KINOS

SONNTAG

05.09.2021

5.- PRO TICKET

ALLIANZ-TAGDESKINOS.CH

In mehr als 550 Kinosälen.

KINO JOURNAL Bieler Tagblatt

Nachrichten

BIEL Feuer wegen vergessener Pfanne

Am Dienstagabend ist die Bieler Berufsfeuerwehr wegen eines Brandes an die Bözingenstrasse gerufen worden. Mit der automatischen Drehleiter und einem Tanklöschfahrzeug waren die Einsatzkräfte vor Ort. Im dritten Stock der Liegenschaft Nummer 64 hat sich eine Pfanne auf dem Kochherd entzündet. Verletzt wurde niemand. Die Wohnung ist allerdings vorübergehend nicht mehr bewohnbar. Die Höhe des Sachschadens ist noch offen. *asb*

BIEL Der 100 000. Piks im Impfzentrum

Seit dem Impfstart am 18. Januar betreibt das Spitalzentrum Biel in seinem ambulanten Gesundheitszentrum Medin eines der zehn Impfzentren des Kantons Bern. Die Spritzen werden in Spitzenzeiten bis zu 6000-mal pro Woche aufgezogen. Rekordmonat war der Mai mit über 23 000 Impfungen. Eine spezielle Impfung wurde am Dienstagmorgen verabreicht: Es war die 100 000. Dosis. Bis zur Schliessung des Impfzentrums Ende September erwartet Medin rund 8000 Zweitimpfungen. Aber auch für Erstimpfende ist noch Platz. Anmeldung

und Terminreservation unter <https://be.vacme.ch>. *mt*

BIEL Zwei Klassen in Quarantäne

Zehn Tage nach Beginn des Schuljahres ist das Coronavirus in das Gymnase français in Biel eingedrungen. «Während letzte Woche alle Speicheltests negativ waren, haben wir jetzt zwei Klassen in präventiver Quarantäne», sagte Christine Gagnebin gegenüber «Canal3». Die Rektorin spricht sich daher für eine Rückkehr zur Maskenpflicht aus. «An der Schule vermischte sich die Bevölkerung und es ist kompliziert, immer auf Distanz zu bleiben.» *map/cst*

Gratulationen

GALS 75. Geburtstag

Nachträglich gratulieren wir Margrit Dietrich ganz herzlich, die am Sonntag in Gals ihren 75. Geburtstag feierte. Bei guter Gesundheit pflegt sie ihren Garten und unterstützt ihren Sohn bei der Arbeit auf dem Hof. Auch für ihre Enkel ist sie immer da. *mt*

Info: Geben Sie Gratulationen für diese Rubrik bitte via gratulationen@bielertagblatt.ch auf. Bitte beachten Sie die Rahmenbedingungen unter www.bielertagblatt.ch/gratulationen